

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 6.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Sturz der Reichsregierung.

Das ist der nächste Plan aller Reaktionen in und außerhalb der deutschnationalen Partei. Mag **Stresemann** noch so geschäftig im Land umherreisen und der Oeffentlichkeit die Treue zur Verfassung und zur Republik beteuern, er wird wenig Gläubige finden. Seine Taktik geht nur dahin, seine Partei wieder in die Regierung zu bringen, dann wird die Sache schon geschoben werden. Von der Seite arbeiten die Reaktionen nach einem neuen Plane, die ihnen so verhasste Regierung **Wirth** so schnell als möglich zu beseitigen. Zwei Minister und obendrein Parteigenossen von **Wirth** sind es, die am vergangenen Sonnabend sich als Regierungstürzer betätigten: Der preussische Ministerpräsident **Stegerwald**, der Papagei der Deutschnationalen, und der bayerische „Sozialminister“ **Dswald**. In seiner Rede hat **Dswald** gefordert:

1. Unter keinen Umständen eine Koalition mit der Sozialdemokratie.
2. Festhalten an der bisherigen Koalition.
3. Zurück zu Kahr!

Dann hat er behauptet, das Reich wolle die Einzelstaaten schlucken, es werde schon ein entsprechender Entwurf ausgearbeitet. Darauf antwortete die Reichsregierung:

„Der Herr Minister **Dswald** spricht davon, daß der Berliner Wagen sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht schone und dieses dem Berliner Wagen einverleihen wolle. Berlin werde in diesem Bestreben von einer außerordentlichen Stelle unterstützt. Der Grund zu diesem Vorgehen des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Etats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Herr Minister **Dswald** fordert selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf. Dies geschieht hiermit:

Der Reichsregierung ist von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt. Diese würden auch der Auffassung des Reichskanzlers in keiner Weise entsprechen. Die Gerüchte, die der Herr Minister **Dswald** vorstellig weitergegeben hat, sind frei erfunden und gehören in das Gebiet jener tendenziösen Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu diskreditieren.

In einer anderen Stelle seiner Rede hat der Herr Minister **Dswald** davon gesprochen, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen stehe. Eine solche Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen und muß im Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.

Ferner hat der Minister in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die bayerische Verleumdung, Finanz- und Heereshochzeit verhandelt. Die Abgrenzung der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich ist in der Weimarer Verfassung festgelegt, alle weiteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen, an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als auch durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Es kann also billigerweise nicht von einem einseitigen Akte der Reichsregierung, geschweige denn von einer Verletzung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil, bei den Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich ist auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.“

Leider ist die Reichsregierung den bayerischen Reaktionen zuviel entgegengekommen und hat sie in ihrem Widerstande nur bestärkt; das einzige, das diesen Schädlingen imponiert, ist kräftiges Zupacken.

Stegerwald ist den bayerischen Regierungstürzern mit einer Erklärung wegen des Weismannschen Berichts beigegeben, um **Wirth** ein Bein zu stellen; sie lautet:

In der vom Reichskanzler am 15. September im Ausschuss des Reichstages verlesenen Niederschrift, die der preussische Staatsminister für öffentliche Ordnung dem Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatsminister veranlaßt worden sind. Die Ermittlungen haben im Mai 1920 stattgefunden, und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung. Zur Erklärung hierfür diene, daß der preussische Staatsminister für öffentliche Ordnung seit dem Bestehen dieser Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wird und von diesen Aufträge empfängt! Das Reichskanzleramt für öffentliche Ordnung war zudem damals erst im Entstehen begriffen. Das preussische Staatsministerium hat von den durch seinen Staatsminister angestellten Ermittlungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Reichskanzler im Reichstagsausschuss Kenntnis erhalten.

Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem andern Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet war.

Es bedauert weiter, daß darüber der Oeffentlichkeit Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit gehabt hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.“

Die Antwort der Reichsregierung auf diese Anrempel wird erfolgen müssen, doch erhalten wir folgende Meldung:

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Welt am Montag von zuständiger Seite hört, ist bisher auf die amtliche Erklärung der preussischen Regierung vom Sonnabend weder eine öffentliche Antwort von der Reichsregierung be- schlossen worden, noch werde sie voraussichtlich erfolgen.

Der alte Kurs in Bayern.

Schnelle Justiz.

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Verhandlung gegen den Abgeordneten **Genossen Fische** wegen Aufforderung zum Hochverrat (er hatte damit gedroht, daß die nordbayerischen Arbeiter daran denken, unter Anschluß an das Reich eine Republik Franken zu bilden und so Nordbayern von Südbayern zu trennen), findet bereits heute vormittag vor dem Münchner „Volksgericht“ statt, um zu verhindern, daß am Mittwoch das Plenum des Landtages die Einsetzung des Ver- fahrens beschließt. Der Verteidigung ist nicht einmal Zeit ge- lassen, die notwendigen Entlastungszeugen durch das Gericht laden zu lassen.

Reichstagsabgeordneter Kemme verhaftet

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In München sind seit langem kommunistische Versammlungen verboten, selbst Mitgliederversammlungen. Gestern fand hier trotzdem eine Mitgliederversammlung der KPD statt. Die Polizei erließ jedoch durch einen Spitzel davon Kenntnis und verhaftete sämtliche Teilnehmer, darunter auch den kommunistischen Reichstagsabgeordneten **Kemme**. Alle Verhafteten wurden nach ihrer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt, nur **Kemme** blieb in Haft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man ihn in München in aller Schnelligkeit vor ein Volksgericht stellt, um ihn aburteilen zu können, bevor der Reichstag zusammentritt und seine Haftentlassung beschließen kann; ähnlich, wie man die schnelle Justiz bei dem Landtagsabgeordneten **Fischer** anwendet.

Die Mordhege in München geht weiter.

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern verbreiteten in München die **Falkenkreuzer** Pro- grammsflugblätter in vielen Tausenden Exemplaren. In einem dieser Flugblätter wird die Teuerung und die Erbitterung gegen den Wucher ausgenützt, um gegen die Sozialisten und Juden zu hetzen. Ein anderes wendet sich gegen den ehemaligen Minister **Auer** (Rechtssozialist) und tritt für Kahr ein. Das Schlimmste aber ist ein drittes Flugblatt „Die Sowjetjuden als Minister“. Darin wird das russische Elend dargestellt und behauptet, daß russische Mütter ihre eigenen Kinder veräußerten. Das ganze rus- sische Elend komme nur von den Juden, die dort regierten. Rus- land sei aber bereits eine Leiche und deshalb wanderten die Juden. Die Mordfanatiker brauche neue Opfer und das sei Deutschland. Schon habe heute der Mann maßgebenden Einfluß, der einst erklärte, daß der Bolschewismus infolge der dort vor- wiegenden zahlreichen Intellektuellenkreise glänzend blühen müsse, **Rathenau**. Und wirklich beginne auch schon die Flut der jüdischen Bluthunde aus Rußland sich nach Deutschland zu er- gießen. Die jüdischen Arbeiterkommissare und Arbeitermörder aus dem Osten haben die hungernden Millionen verlassen und prassen in unserm Hotel. In diesem Ton geht es weiter. Zum Schluß heißt es: „Nicht um Bayern handelt es sich, nicht um Kahr und nicht um Bochner, nicht um Roth und nicht um Antiarismus und Föderalismus, sondern darum, ob heute die Berliner Sowjetjuden Bayern und dem Reich ihre Willen auf- zuzwingen vermögen. Nicht weil wir Bayern sind, werden wir von Berlin verfolgt, sondern weil diese Juden in uns die letzten Deutschen sehen und dazu finden sich Männer bereit, Handlanger- dienste zu leisten. Dazu findet der Sowjetjude bereits Verbündete unter uns. Weg mit den Sonzen und Ministerschiebern. Euer Bestreben, durch die Drohung, Franken von Bayern zu reißen, Bayern zum Heiligen der Berliner Juden zu machen, soll eine Antwort bekommen, daß euch kein Kirchenlicht, sondern ein Ma- rine-Scheinwerfer aufsteht. (Dieser Fachausschuss mit dem Marine- Scheinwerfer läßt darauf schließen, daß der Verfasser des Flug- blattes der Marinebrigade **Ehrhardt** angehört).“

Das ganze Flugblatt ist nichts anderes, als eine neue Mord- verkündigung der Münchner Mordergente, die sich als nächstes Opfer **Walter Rathenau** ausersehen hat.

Wer hält die obererschlesischen Freikorps aus?

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die verfassungswidrigen Organisationen in Schlesien be- richtet das Hamburger 8-Uhr-Abendblatt in einem Artikel. Es gibt genauere Einzelheiten über den Aufenthalt von **Ehrhardt** und anderen in Oberschlesien und über ihre Beziehungen zum Freikorps Oberland. Das Blatt nennt die Geldgeber für das Frei- korps. Es listeten für das Korps **Frankenberg**, **Tilkowich** drei Millionen, **Graf Praskowa** 2 Millionen, **Gräfin Saurma** 2 Mil- lionen, **Graf Sierstorf** 2 Millionen.

Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und demonstrierenden Arbeitern in Genf.

Genf, 16. September. Zwischen einem Demonstrationzug der Allgemeinen Gewerkschaften und der Straßenbahner, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es hier zu blutigen Zu- sammenstößen. Es fielen Schüsse. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

Das Ende der Dolchstoßlegende.

In den letzten Tagen sind eine Anzahl Dokumente ver- öffentlicht worden, die unumwiderleglich dartun, daß im Herbst 1918 nicht nur jeder weitere militärische Widerstand Deutschlands un- möglich war, sondern daß **Erzberger** zur Übernahme der Rolle des Unterhändlers und Unterzeichners des Waffenstillstands förm- lich gezwungen worden ist. Es war ein politisch außerordentlich schwerer Fehler, daß sich **Erzberger** für diese Aufgabe hat bereit- schlagen lassen, denn dadurch ist den Militaristen und Mon- archisten, die den Zusammenbruch herbeigeführt hatten, die Ver- antwortung abgenommen worden und obendrein wurden sie noch in den Stand gesetzt, den Zusammenbruch und schlimmen Ausgang **Erzberger** und der neuen Regierung in die Schuhe zu schieben. Auf Grund dieses Vorganges war ihnen jene ungeheure Lügen- propaganda möglich, dem neuen Regime verdanke das Volk den Verfall der Verfassung und das wirtschaftliche Elend. Freilich, die im Oktober und November 1918 noch nicht verdunsteten Größen des wilhelminischen Regimes wären als Unterhändler von der Entente kaum zugelassen worden, vorausgesetzt, daß sie sich über- haupt in den Rachen des Löwen gewagt hätten; man kennt ja ihren Mut vor auch nur geringen Gefahren. Es blieb also schließ- lich nichts anderes übrig, als Vertreter zu suchen, die die schwerste aller Aufgaben übernahmen, und dieses schwere Los traf **Erzberger**.

In der **Rossischen Zeitung** warf kürzlich der ehemalige Admiral **Scheer** in einem Artikel die Frage auf, warum sich damals keine sachkundigeren und besser unterrichtete Männer für diese Aufgabe gefunden hätten? Von anderer Seite wurde ge- fragt, warum überhaupt **Hindenburg** und **Gröner** nicht selbst die große Aufgabe übernommen haben, die doch fortgesetzt das Wort im Munde führen, ihr Leben gehöre dem Vaterland? Bei Kriegervereinsfeiern machen sich freilich solche Floskeln auch besser, als im Ernstfall seinen Mann stellen. **Gröner** gehört nun aber selbst zu den Personen, die **Erzberger** gedrängt haben, die Aufgabe zu übernehmen und zwar mit den Worten: „Bitte, übernehmen Sie die Aufgabe aus Vaterlandsliebe.“ Die **Frei- heit** hat **Gröner** aufgefordert, nun seinerseits **Erzberger** vom Schmutz deutschnationaler und volksparteilicher Verleumdung zu reinigen, aber **Gröner** stellt sich dumm und taub, offen- bar hat er auch zuviel damit zu tun, dem Arbeitervereinsälteren **Hindenburg** Eisenbahnwagen zu antirepublikanischen Propaganda- reisen zur Verfügung zu stellen. **Hindenburg** selbst spielt die gleiche schäbige Rolle, denn er war es, der **Erzberger** dafür gedankt hat, daß er die schwierige Aufgabe übernommen hat.

In der Reichspressen hat ein Oberleutnant a. D. **Düster- berg**, ehemaliger Bevollmächtigter des preussischen Kriegs- ministers, auf die Fragen zu antworten versucht, er brachte es aber nur zur Auffrischung des deutschnationalen Schwinds: **Erz- berger** sei am 5. oder 6. November plötzlich in Spa erschienen und habe zu erkennen gegeben, daß er zum Leiter der Waffen- stillstandsverhandlungen bestimmt worden sei, worauf **General v. Gündel**, der von der Heeresleitung angeblich für die Auf- gaben vorgesehen gewesen sei, sein Amt niedergesetzt habe. Da- mit ist die Frage natürlich nicht beantwortet, warum die Bankrotteure sich von dieser Aufgabe gedrückt haben, denn sie brauchten **Erzberger** nicht anzuerkennen, sie konnten bei der Re- gierung Einspruch gegen ihn erheben, wie sie es ja immer getan, wenn ihnen jemand nicht paßte. Sie waren aber um jene Zeit froh, als sich jemand fand, der sich für sie opferte. Wie sie es ihm dankten, zeigt die beinahe dreijährige Verleumdungskampagne und schließlich der Meuchelmord.

Ein Freund **Erzbergers**, der in der **Rossischen Zeitung** auf die Fragen **Scheers** antwortet, hat kurz vor **Erzbergers** Er- mordung ein Gespräch mit ihm über seine Rolle als Waffen- stillstandsunterhändler gehabt und ihm gesagt: „Sie hätten sich das **Schicksal Jules Favres** vor Augen halten sollen, dem die Franzosen nie verziehen haben, den Waffenstillstand von Ver- sailles mit **Bismarck** abgeschlossen zu haben.“ **Erzberger** hat ihm geantwortet, daß er wohl auch daran gedacht habe, aber er sei schließlich von seinen Parteifreunden so gedrängt worden, daß er nachgegeben habe. Die Entente ließ durch die schweizerische Re- gierung die deutsche wissen, daß unter keinen Umständen mit Ver- tretern des kaiserlichen Regimes oder Militärs der obersten Heeresleitung verhandelt werden würde. Dann, so fuhr **Erz- berger** fort, ist **Prinz Max von Baden** an mich herangetreten und hat gesagt:

„**Erzberger**, Sie müssen sich aufopfern und die Aufgabe übernehmen. Ich antwortete, daß ich die französische Sprache nicht genug beherrschte (**Erzberger** verstand wohl die Sprache in Wort und Schrift, konnte sie aber nicht fließend sprechen) und mich nicht geeignet fühlte, diese große Verantwortung zu übernehmen. Daraufhin kam **General Gröner** zu mir und sagte: Es ist kein Augenblick zu verlieren, sonst haben wir den Feind im Land. In drei Tagen werden die Franzosen in Köln sein und diese Stadt vernichten, es gibt keinen Ausweg, es muß abgeschlossen werden, bitte, übernehmen Sie die Aufgabe aus Vaterlandsliebe. Als-